

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und die Anzeiger des Verlags an. — Einmal wöchentlich. — Samstag - Anschlag Nr. 23.

Redaktionsadresse: Die Redaktionsstelle des Auer Tageblatts, am Hauptbahnhof, am Hauptplatz in Chemnitz, im Erdgeschoss des Hauses Nr. 10. — Telefon Nr. 1000.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 6

Donnerstag, den 8. Januar 1925

20. Jahrgang

Beim Zentrum ruht die Entscheidung.

Berlin, 7. Januar.

Die Lösung der Regierungskrise im Reich kann nur von Preußen aus erfolgen; das haben die Auseinandersetzungen der letzten Tage mit großer Klarheit ergeben. Zwar ist die Neubildung einer endgültigen Reichsregierung die dringendste Forderung des Tages: der 10. Januar, dieser verhängnisvolle Termin, der nicht nur für die Frage der Räumung der Röhner Zone, sondern auch der Neugestaltung unserer Handelsbeziehungen zum Ausland so überaus bedeutsam ist, rückt unmittelbar heran und heischt ein mit voller Verantwortung ausgestattetes Kabinett. Aber was schiebt die Deutschnationalen Volkspartei das Lebensinteresse des Reiches! Für sie ist es unendlich viel wichtiger, daß sie ihren Nachfolger nicht, daß sie die langersehnte Ernte in ihre Scheuer einführt. Diese Ernte aber hofft sie in den preußischen Wahlen zu finden und darum lassen die Herren ruhig das Reichsamt hin- und herschwanzen, bis die Dinge in Preußen erst in ihrem Sinne geregelt sind.

Wer Preußen hat, hat das Reich! Von diesem Grundsatz ausgehend, lassen die Deutschnationalen die Bildung des neuen Kabinetts Marx, soviel an ihnen liegt, in der Schwebe. Zuvörderst muß in Preußen das Ministerium Braun demissionieren, um einer Reichsregierung Platz zu machen; dann will man im Reich mit sich reden lassen und gnädig das überparteiliche Kabinett hinnehmen, ein Entgegenkommen, das umso rührender wirkt, wenn man bedenkt, daß die Deutschnationalen in diesem Kabinett mit Einschluss des zu ihnen gehörigen Landwirtschaftsministers Grafen Kanitz zum mindesten 3, ja vielleicht sogar 4 Sitze erhalten sollen!

Auf sich selbst gestellt, würde allerdings die Deutschnationalen Volkspartei auch nicht enerviert die Macht besitzen, um solche Ansprüche zu erheben, aber mit einer wirklich anerkanntwertigen Aufopferung leistet ihr die Deutsche Volkspartei dabei alle Hand- und Spanndienste, deren sie nur fähig ist. Im Reich hat sie schon seit einem Jahre die Bildung der großen Koalition, die heute noch mehr als in den früheren Wahlperioden über eine sichere Mehrheit verfügen würde, ungenügend gemacht. Und jetzt ist sie auch in Preußen, um die Taktik ihrer Freunde auf der rechten Seite zu unterstützen, dazu übergegangen, die große Koalition zu zerstören und auf den Rücktritt des Kabinetts Braun hinzuwirken. Sie stützt sich dabei auf Gründe, deren Habenscheinigkeit ihr selbst nicht verborgen sein kann, und die sich auf den ersten Blick als eitle Vorwände darstellen. Denn weder der Wortlaut, noch der Sinn der preußischen Verfassung, noch überhaupt parlamentarische und politische Logik können es rechtfertigen, daß ein Ministerium in dem Augenblick seinen Abschied nimmt, da der Ausfall der Wahlen ihm eine verstärkte Mehrheit zur Verfügung gestellt hat. Indessen die Abhängigkeit der Volkspartei von den Deutschnationalen ist so groß, daß sie den Rücktritt ihrer Minister für den Fall angeht, daß das preußische Kabinett in seiner Gesamtheit nicht auf den Boden ihrer staatsrechtlichen Anschauungen tritt, sondern eine Demission für unnötig hält. Die Deutsche Volkspartei versichert freilich, daß sie durch die Ankündigung dieses Entschlusses auf die Entscheidung des Kabinetts gar keinen Druck ausüben wollen. Wenn das zutrifft, dann beweist das, daß selbst die Parteifreunde der Herren v. Richter und Dr. Voelke der Meinung sind, das Ministerium Braun könne auch ohne diese beiden Herren vor den neuen Landtag treten und in dieser Gestalt abwarten, ob sich eine Mehrheit für ein etwaiges Misstrauensvotum gegen Braun zusammensindet.

Soweit also die Deutsche Volkspartei! Ein mehreres zu tun, ist für den gegenwärtigen Moment ausgeschlossen: ob ihre Quersäge die erhoffte Wirkung haben, das hängt nicht von ihr, sondern einzig und allein vom Zentrum ab, das jetzt eine überaus wichtige Entscheidung, mit der es die politische Entwicklung im Reich wie in Preußen unter Umständen auf lange Zeit hinaus zu beeinflussen imstande ist, in seiner Hand trägt. Hält in Preußen die nach dem Ausschneiden der Deutschen Volkspartei übrig gebliebene kleine Koalition, die nichts anderes als die Weimarer Koalition ist, fest zusammen, dann verfährt das jetzige Ministerium, selbst wenn keine von den kleineren Parteien hinzutreten sollte, über 222 von 450 Landtagsmitgliedern, also nahezu über die Majorität, während auf der anderen Seite neben dem völkerechtlich-Deutschnationalen Block eine Anzahl von Kleinen, zusammenhanglosen Gruppen steht, die — abgesehen vielleicht von den Kommunisten — wohl kaum bereit sein werden, durchweg die Interessen dieses Blocks wahrzunehmen. Bleibt aber in Preußen das Ministerium Braun bestehen, so ist es mehr als fraglich, ob die Deutschnationalen sich schließlich doch zu einem überparteilichen Kabinett im Reich freundlich stellen werden. Schließlich dies nicht, so müßte eine ganz andere

Auswahl der Reichsminister vorgenommen werden, als dies Marx ursprünglich im Sinne hatte. Ueber alles dies entscheidet das Zentrum, je nachdem es in Preußen auf die eine oder die andere Seite tritt. Was aber wird das Zentrum tun? Es ist Tradition bei dieser Partei, daß sie endgültige Entschlüsse nur erst in dem Moment trifft, wenn diese Entschlüsse sich in die Tat umsetzen müssen. So wird es auch diesmal gehalten: die Beratung des Kabinetts Braun über die Frage, ob Demission oder nicht, findet allerdings bereits am Dienstagabend statt, aber die Zentrumsfraktion tritt erst am Mittwoch früh zu einer Sitzung zusammen, deren Ergebnis dann wahrscheinlich für die vom Zentrum innezuhaltende Politik maßgebend sein wird. Die Würfel fallen also erst am Mittwoch. So ist es auch zu verstehen, daß unter ausschlaggebender Mitwirkung des Zentrums der Preußische Landtag nicht schon am Mittwoch, sondern erst am Donnerstag wieder zusammentritt. Inzwischen muß man sich daran halten, daß das führende Zentrumsbüro, die „Germania“, am Mittwoch morgen erklärt hat, „daß verfassungsrechtlich und hinsichtlich der tatsächlichen Ergebnisse der Dezemberwahlen der Standpunkt der richtige ist, den die Zentrumsführer Porsch und Gerold in der Besprechung bei dem Ministerpräsidenten eingenommen haben“, d. h. der Standpunkt, daß für den Rücktritt des preußischen Kabinetts keine Notwendigkeit vorliegt.

Das Zentrum ist viel zu klug, um nicht zu erkennen, welche Bedeutung es für seine Geltung, ja auch für seinen unverfälschten Bestand haben würde, wenn es diese Auffassung nun doch ausläßt. Nur darauf sei verwiesen, daß nach Erfüllung der deutschnationalen Aspirationen in Preußen das überparteiliche Kabinett im Reich noch mehr den Charakter eines Reichskabinetts tragen würde, das von den Demokraten nach deren konsequenten Haltung vor- und nach den Dezemberwahlen nicht unterstützt werden könnte. Bisher aber hat das Zentrum Abstand genommen, in eine offenbare Reichsregierung einzutreten, zu der die übrigen Parteien, die die Weimarer Verfassung mitgeschaffen haben, in Opposition stehen. Sollte eine Partei, die unter der Fahne schwarz-rot-gold den Wahlkampf siegreich bestanden hat, sich jetzt zum Genossen der Koalition schwarz-weiß-rot hergeben?

Sprengung der Großen Koalition in Preußen durch die Deutsche Volkspartei.

Berlin, 6. Januar. Das preußische Staatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, gegen die Stimmen der beiden völkerechtlichen Minister beschlossen, nicht zurückzutreten. Daraufhin haben die Minister Dr. Böllig und von Richter ihren Austritt aus dem Kabinett erklärt.

Reichskanzler Marx drängt.

Berlin, 6. Jan. Wie wir hören, hat Reichskanzler Marx heute in Besprechungen mit den Fraktionsführern die Absicht geäußert, auf eine schnelle Lösung der Regierungskrise zu dringen. Er werde morgen in neuen Verhandlungen eine endgültige Entscheidung der Deutschnationalen verlangen.

Heute Parteiführerbesprechung.

Berlin, 7. Jan. Der preußische Ministerpräsident Braun wird heute eine Besprechung mit den Führern der jetzt noch dem Austritt der Deutschen Volkspartei die preußische Regierungskoalition bildenden Parteien haben. Von der Entscheidung der Zentrumsfraktion, die heute zu einer Sitzung zusammentritt, wird die fernere Haltung des Zentrums und damit die Frage abhängen, ob das Kabinett Braun auch ohne Beteiligung der Deutschen Volkspartei in Tätigkeit bleiben wird, oder ob in Preußen ebenso wie im Reich eine Regierungskrise ausbrechen wird.

Demokratische Anträge im Reichstag.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung am Montag eine Reihe von Initiativanträgen besprochen, die von einzelnen ihrer Mitglieder vorbereitet waren und ihrer Einbringung zugestimmt. Zunächst beschäftigte sich die Fraktion mit den Fragen, die durch den Kutscher- und Barmer-Standal aufgeworfen sind. Dabei kam das Verlangen gewisser zuständiger Stellen bei der Vergebung von Krediten und die große Erregung zur Sprache, die nicht zuletzt in den Kreisen des Mittelstandes und der Industrie herrscht. Diese Kreise haben in der zurückliegenden Zeit auf das empfindlichste unter der Kreditnot gelitten, die sicherlich durch die vorhandenen öffentlichen Gelder, die an jene Konzerne gegeben worden sind, in gewissem Umfange hätten gemildert werden können. Die Fraktion beschloß daher, einen Antrag einzubringen, in dem die Reichsregierung aufgefordert wird, die ihrer Verwaltung unterstehenden öffentlichen Gelder (der Post, der Privat-

versicherung und anderer) lediglich durch Vermittlung der Reichsbank den wirklich kreditwürdigen und -bedürftigen Kreisen zuzuführen. — Außerdem beschloß die Fraktion noch folgende weitere Anträge einzubringen:

Antr. Parisot: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, umgehend das Reichshandelsgesetz vorzulegen.“

Antr. Dr. Kälig, Dietrich: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden Revision der Steuererhebung des Reiches darauf Bedacht zu nehmen, daß das Steuererhebungsrecht der Länder und Gemeinden unter Wiederherstellung ihrer finanziellen Selbstverantwortlichkeit gegenüber dem Reich organisch abgegrenzt und auf eine sichere rechtsrechtliche Grundlage gestellt wird.“ — Der Antrag ist dadurch veranlaßt worden, daß das Reich aus bitterstem Selbsterhaltungstrieb heraus in der hinter uns liegenden Zeit oft gezwungen gewesen ist, Steuerquellen restlos für sich auszubenten, die sonst der Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden zur Verfügung standen. Er bezweckt die Wiederherstellung der finanziellen Selbständigkeit der Länder und Gemeinden, die augenblicklich nur Kostgänger des Reiches sind.

Antr. v. Roda, Rönneburg, Koch: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst ein Bodenreformgesetz nach dem Entwurf des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsjustizministerium vorzulegen.“ — Es handelt sich hier um einen Gesetzentwurf, den alle an der Lösung der Bodenfrage interessierten Kreise seit Jahren fordern. Da die Reichsregierung den fertig vorliegenden Entwurf bisher nicht eingebracht hat, so will die demokratische Reichstagsfraktion durch ihren Antrag versuchen, eine Entscheidung dieser Frage endlich herbeizuführen.

Antr. v. Aders, Koch: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt unverzüglich in seiner ursprünglichen Fassung wiederherzustellen.“

Antr. Schulte, Koch: „Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Besoldungsperrgesetzes. Art. 1. Das Gesetz zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Besoldung vom 21. Dezember 1920 (Besoldungsperrgesetz, R.Gef.Bl. S. 2117) nebst Ergänzungen wird aufgehoben. Art. 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.“

Der Wirtschaftsvertrag mit Frankreich.

Trendelenburg nach Berlin gerufen.

Berlin, 6. Januar. Das Reichskabinett beschäftigte sich heute mittag in mehrstündiger Sitzung, an der auch die zuständigen Referenten des Reichswirtschaftsministeriums teilnahmen, mit den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Da das Kabinett sich im Hinblick auf die heute in Berlin eingetroffenen Vorschläge wegen eines Provisoriums für die Zeit nach dem 10. Januar über die außerordentliche Tragweite des zu treffenden Beschlusses klar war, entschied es sich dahin, zunächst von Regierungswegen nicht Stellung zu nehmen. Das Kabinett sagte den Beschluß, den Führer der deutschen Delegation in Paris, Staatssekretär Trendelenburg nach Berlin zu berufen, um mit ihm die Sachlage zu klären. Die entscheidende Kabinettsitzung dürfte am Donnerstag in Berlin stattfinden. Staatssekretär Trendelenburg reist heute abend von Paris ab.

Die deutsche Delegation demittiert.

Paris, 6. Januar. Die deutsche Wirtschaftsdelegation demittiert die Meldung eines Pariser Morgenblattes, wonach von deutscher Seite gestern unter Hinweis auf den Beschluß der Verbündeten, Köln nicht zu räumen, erklärt wurde, es wäre nicht erwünscht, die Wirtschaftsverhandlungen vorläufig fortzusetzen. Diese Mitteilung ist vollständig erfunden. Die Besprechungen dauern zur Zeit noch fort.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 6. Januar. Am Dienstag begannen in Berlin die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Es besteht auf beiden Seiten nicht die Absicht, einen Handelsvertrag abzuschließen, sondern lediglich ein Provisorium zu schaffen, das nach den Grundrissen gegenseitiger Weltbegünstigung die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern für die nächsten Monate regeln soll.

Zur Räumungsfrage.

Deutschland verlangt nähere Angaben von den Alliierten.

Berlin, 7. Januar. Ueber die Frage der Räumung Deutschlands auf die Note der Episkopalkonferenz in der Räumungsfrage verlautet, von den Alliierten würden bestimmte Angaben über die in der Note erwähnten angeblichen Verfehlungen verlangt werden. Reichsminister Dr. Stresemann wird heute die Parteiführer von der Stellungnahme des Reichskabinetts in der Räumungsfrage unterrichten. Sobald die in der deutschen Antwortnote geforderten bestimmten Angaben der Alliierten eingetroffen seien, soll der auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammenberufen werden.

Die sächsischen Industriellen zum Kölner Vertragsbruch.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller beschloß, folgende Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben:

Die Mitteilungen über die Verweigerung der Räumung der Kölner Zone am 10. Januar haben in den Kreisen der sächsischen Industrie tiefgreifende und allgemeine Empörung verursacht. Denn vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist es unverständlich, daß man trotz der schweren Belastung durch das Dawes-Gutachten, welche die Entwicklung der deutschen Wirtschaft auf Jahre hinaus beeinflussen und hemmen wird, gerade die von Gutachten so stark in den Vordergrund gerückte Voraussetzung für die Durchführung des Gutachtens, nämlich die schnelle Herstellung der vollen Souveränität Deutschlands über sein Gebiet, nicht schaffen will. Der Herr Außenminister hat in seiner Rede vom 23. August 1924 auf Grund der Londoner Verhandlungen ausdrücklich erklärt, es könne keinen Zweifel darüber geben, daß, wenn es zu einer Verständigung über das Dawes-Gutachten und den Londoner Vertrag kommt, die Zustimmung Deutschlands zu den Abmachungen auch die Erfüllung der nach dem Versailler Vertrag bestehenden Verpflichtungen darstellt. Es ist nach alledem ein Willkürakt schlimmster Art, wenn man jetzt versucht, diese von keiner Seite bestrittenen Tatsache mit unbewiesenen und unhaltbaren Behauptungen über angebliche Nichterfüllungen Deutschlands in der Entwaffnung und damit die Verpflichtung zur Räumung so umgehen. Wie kann die Welt von einem Land, das man in seinen vitalsten Interessen ununterbrochen vergewaltigt, dessen wirtschaftlichen Kräfteausgleich man verhindert, dessen Ohngefähr man fortwährend mit Vorbedacht verfehlt, dem man die Freiheit der Verfügung über das Gebiet der Kölner Zone vorenthält, das wirtschaftlich mit unabhägigen Fäden mit dem Reich und mit dem das Reich ebenso eng verbunden ist, Reparationen von solcher Höhe erwarten, wie die vom Dawes-Gutachten vorge-sehen?

Die Alliierten wissen, daß die Kreditnot, in der sich die deutsche Industrie befindet, zum größten Teile dadurch bewan-lacht ist, daß das Ausland infolge stetig wiederkehrender, willkürlicher Eingriffe in die deutsche Wirtschaft deren Sicher-heit als Weltwirtschaftsfaktor für gefährdet hält. Es ist völlig ausgeschlossen, daß ein solches Land seinerseits die Zusicher- in die Zukunft seiner Arbeit gewinnen kann, die für den erfol- greichen Versuch notwendig ist, um die durch die Dawes-Ge- setze auferlegten Lasten aufzubringen. Die sächsische Industrie ermahnt von Regierung und Reichstag schärfsten Protest und unbedingten Widerstand gegen das unerkörte, die Sicherheit, des allgemeinen Weltvertrauens von neuem erschütternde Vor- gehen Frankreichs. Es vergrößert die internationale Atmos- phäre aber- und abermals, gefährdet den Wiederaufbau Deutschlands, bringt in die schwer um ihre Gesundung ringende Weltwirtschaft, nicht zuletzt auch in die gegenwärtig schwebenden Wirtschaftsverhandlungen, neue Gefahren und wirft damit Kultur und Welt in die Unsicherheit zurück, die man nach den Londoner Abmachungen überwunden glaubte.

Deutschland muß mit allen Mitteln, namentlich mit den ihm noch zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Möglich- keiten, sein schwer gefährdetes Lebensinteresse wahren. Die Wälder müssen helfen, daß die für den Wiederaufbau der Welt- wirtschaft notwendige Vertragssicherheit wiederum nicht von Deutschland, sondern von denen untergraben wird, die es un- ternehmen, einem tief geschädigten und militärisch ohnmächti- gen Lande gegebene Zusagen unter unhaltbaren, zur Verhinder- ung neuen Bruches des Versailler „Vertrages“ zusammenge- tragenen Vorwänden zu umgehen.

Politische Rundschau.

Ein neues deutsches Linien Schiff. Das Linien Schiff „Deu- sen“ ist heute auf der Marineverft Wilhelmshaven mit kleiner Beladung in Dienst gestellt worden. Es tritt als viertes Linien Schiff zur Linien Schiff Division der Reichsmarine und wird in Kiel stationiert werden.

Eine weitere Goldsendung der Morganbank an Deutschland. Neuyork, 6. Januar. Die Morganbank sandte 2,5 Millionen Dollars in Gold nach Deutschland an die Reichsbank ab. Damit hat Deutschland bis jetzt 25 Millionen aus der Anleihe erhalten.

Der Sieger.

Roman von Marie Stahl.
Amerik. Copyright by Lit. Bureau M. Lincke, Dresden 21.
68. Fortsetzung u. a.)
„Berzeli, berehrteste Freundin, ich muß hören, ich komme wegen der Chorprobe, es ist unaußschleubar.“ be- gann er, „du mußt sofort zu Fräulein Kroll fahren und sie überreden, die Partie von Frau Tornes zu überneh- men und du mußt die Sache gleich mit ihr durchnehmen. Auf die Gefahr hin, daß Fräulein von Hineden ein böses Gesicht macht, werde ich deine Unterrichtsstunde hier fortsetzen.“
Die Bräutli, die abgepannt ausgesehen hatte, war sofort Leben und Feuer, als Gabler erschien. Er hatte ihre Position in München gemacht und jeder wußte, daß sie sich die Haut für ihn abgezogen hätte. Sie ging auch jetzt sofort auf seinen Wunsch ein, besprach die Sache noch in ihrer lebhaften Weise mit ihm, wobei sie die Tornes eine alte Quackdantse nannte und die Kroll eine Wapptrone. Dann warnte sie ihn noch, sich mit Gehuld zu wappnen, denn das kleine Fräulein sei heute nicht ganz auf der Höhe. Endlich legte sie zur Tür hinaus und Gabler nahm ihren Platz ein. Er griff einige Akkorde, ließ aber gleich die Hände von den Tasten sinken und wandte sich seiner Schülerin zu, die in ihren Noten blätterte.
„Gefine!“ sagte er nur, aber so hatte noch niemand ihren Namen genannt. Eine Blützwelle flog über ihr Gesicht bis unter die braunen Haarwellen, so heiß pochte der Ruf bei ihr an.
„Nun, was soll ich singen? Womit fangen wir an?“ fragte sie gezwungen harmlos.
Er nahm ihr sanft die Noten aus der Hand. Da- bei hielt er diese Hand fest.

Ein neuer Ueberseeflug des „S. R. 3“.
Washington. Es ist geplant, daß „S. R. 3“ im Frühjahr eine große Uebersee-Reise antreten soll. Der Flug wird entweder über die Bermuda-Inseln, San Juan, Porto Rico nach der Panama-Kanal-Zone gehen oder nach Honolulu oder nach Europa. Man meldet, daß seitens des Marine- amtes Einwendungen gegen die Verwendung von Zeppelin- Luftschiffen zu Verkehrszwecken erhoben werden sollen. Das Marineamt hält anscheinend Luftschiffe für diesen frieblichen Zweck noch nicht für geeignet und will sie sich für den Dienst der Landesverteidigung vorbehalten.

Amerika für weiteren deutschen Handelsluftschiffbau.
Neuyork. Senator Copland brachte eine Resolution ein, wonach Präsident Coolidge auf der Weltkonferenz durch die amerikanischen Vertreter durchsetzen lassen soll, daß Deutschland das Recht erhalte weitere Handelsluft- schiffe zu bauen.
Senator Copland erklärt, es sei wünschenswert, Deutschland auch weiterhin den Bau von Luftschiffen zu Han- delszwecken zu gestatten, da sich der Ankaufspreis in Deutsch- land niedriger stellen würde, als die Fabrikation in Amerika.

Amerikanische Wiltstimmung gegen Frankreich.
Neuyork. Die französischen Schulden stehen im Mit- telpunkt der Washingtoner Erörterungen. Die Wiltstimmung gegenüber Frankreich wächst. Frankreichs Vorschlag wird als leere Geste bezeichnet. Es wird erklärt, Amerika erwarte nun endlich, daß der inoffizielle persönliche Meinungsaus- tausch durch ernste offizielle Vorschläge abgelöst würde, die es Amerika ermöglichen würden, zu verhandeln, denn Clemen- tels Vorschlag komme als Angebot nicht in Frage. Diese ant- liche Auffassung entspricht ganz der gesamten öffentlichen Meinung. In den nächsten Tagen tritt wahrscheinlich die Schuldenkommission zusammen. In ihr wird Senator Borah scharf für die Schuldenregelung sprechen.

Verstärkte Diktatur in Italien.

Die so lange angebrohte „zweite sächsische Welle“ ist nunmehr im Anrollen, das ist der Sinn der letzten Ereignisse in Italien. Mussolini appelliert zum zweiten Male an die rohe Gewalt, die ihn in den Besitz der Regierung gebracht hat, da er sich mit anderen Mitteln nicht mehr des Ansturms seiner politischen Gegner zu erwehren vermag. Eine entscheidende Stunde ist damit für Italien angebrochen, es handelt sich jetzt darum, ob der Faschismus endgültig die Regierungsform Ita- liens werden soll. Zweifellos steht das Land jetzt vor schweren inneren Kämpfen und es ist bemerkenswert, daß die englische Presse bereits den demokratischen und liberalen Gegnern Mussolinis ein Wohl in England an- bietet. Der Kampf, den Mussolini zu bestehen haben wird, wird schwer sein, schwerer jedenfalls als derjenige, der ihn in den Besitz der Macht gebracht hat. Denn der Glorienschein als Retter des Vaterlandes, der ihn einst umgab, ist stark verblüht, das Vertrauen auf die Reinheit und Unantastbarkeit der sächsischen Sache nach den peinlichen Enthüllungen, die sich an den Mäteeiti- mord und andere Gewalttaten knüpfen, stark beeinträch- tigt und der Glaube an die geschichtliche Aufgabe des Faschismus in weiten Kreisen geschwunden. Der Rück- tritt aller liberalen Minister und die Demission Sa- landras als Vertreter Italiens beim Völkerbund zeig- en, daß Mussolini nicht mehr wie früher die Unter- stützung der Industriellen und großbürgerlichen Kreise genießt, deren Vertretung die Liberale Partei ist.

Rom, 6. Jan. Nach Blättermeldungen hat die Ma- känder Präfektur entsprechend der von der Regierung den Präfekten erteilten Befugnis beschlossen, einen Teil der Nationalmiliz zu mobilisieren, um dadurch die Po- lizei zu verstärken. Alle Vereinslokale von Organisa- tionen, die einen antisächsischen Charakter haben, sol- len geschlossen werden.

Rom, 6. Jan. In einem Eisenbahnzug kam es kurz vor Neapel zu einem Wortwechsel zwischen einem Kon- troleur und einer Ausflugs-Gesellschaft. Im Verlauf des Streites zog einer der Ausflügler einen Revolver, schoß und traf zwei Kaufleute, die sofort tot waren. Darauf sprangen die übrigen Teilnehmer aus dem fahrenden Zug und stühteten.

„Gefine, ich sterbe ja vor Eifersucht auf diesen Onkel Wilder! Sie haben mich getäuscht und betrogen, als Sie von ihm stets wie von einem alten Onkel sprachen. Er ist jung und er ist ein schöner Mann. Dazu vor- nehmen, ein Grandseigneur von Gottes Gnaden! Gesehen Sie, daß Sie ihn lieben.“
Jetzt lachte Gefine ein helles kindliches Lachen.
„Himmel! Onkel Wilder mit seinen unabhäglichen Kramatten! Und seine Wäde sitzen immer schauerhaft.“
„Gefine, ich leide fürchtbar, so lange dieser Onkel bei Ihnen im Hause ist.“
„O, wegen Mama? oder wegen Tante Raemi? Er ist doch Mamas Bruder und für Tante wie ein Sohn. Er tut Ihnen keinen Abbruch.“
Der Schelm bligte aus ihren Augen, sie war ent- zückend in ihrem übermächtigen Glanz.
„Kind, mach mich nicht rasend! Du weißt ja, wie ich dich liebe! Du weißt ja, wie unsagbar ich leide! Und du spielst mit mir, wie mit einem Hunde, der an der Kette liegt! Ach, du ahnst nicht, wie mund mich diese Kette drückt!“
Er hatte es halb geflüstert und die Leidenschaft schüt- telte ihn. Seine Hände krampften sich ineinander.
Gefine wurde blaß. Sie schwieg.
„Ich will gehen“, sagte sie endlich leise.
Da lag er vor ihr auf den Knien. Sein Stes- stammeln ging wie ein Sturm über sie hin. Sie sah wie erstarrt, wie vergaubert, sie war sich kaum bewußt, daß sie an seine Brust sank, willenlos ihm ergeben.
Gefine sah am Klavier und ihre Hände gingen über die Tasten, sie und da verlorene Töne anschlagend, als suche sie eine Melodie. Sie war so in sich ver- sunken, in eine andere Welt entrückt, daß sie Wilderich nicht bemerkte, der unter die Tür getreten und sie be- obachtete.

Flucht der Sozialistenführer nach Frankreich.
Der Rotterdammer „Courant“ meldet aus Paris: Hier treffen zahlreiche italienische Sozialisten und Arbeiter- führer ein, um ihrer Verhaftung durch Mussolini zu entgehen. Sie äußern sich über die italienischen Zustände höchst pessimistisch. Der Ausbruch des Bürgerkrieges sei innerhalb kürzester Frist zu erwarten. Die Sozial- demokratie sei zum Entscheidungskampf entschlossen und gerüstet.

Aus Stadt und Land.

Aue, 7. Januar 1925.
Für die sächsische Regierung auch weiterhin die Große Koalition.

Die Neugestaltung der politischen Verhältnisse im Reich und in Preußen legt die Frage nahe, ob durch die Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen auch die große Koalition in Sachsen beeinflusst werden wird. Die Frage hat noch ein erhöhtes Interesse deshalb, weil auch von linkssozialistischer Seite selbst unter Androhung einer Parteilspaltung versucht wird, die gemäßigten Sozialdemokraten aus der sächsische Reg- erung herauszubringen, allerdings mit dem Hinterge- danken, sich selbst in die soeben noch beschimpfte Koali- tion zu setzen!

Auf demokratischer Seite hält man an dem Gedanken der gegenwärtigen Koalition in Sach- sen unbedingt fest und rechnet mit einer günstigen Weiterentwicklung auch im neuen Jahre.

Von völksparteilicher Seite wird uns zu der Frage erklärt, daß zur Zeit keinerlei Ursache be- stehe, die große Koalition in Sachsen zu be- seitigen, die unserem Lande nach der unseligen Zeit- periode wieder geordnete Verhältnisse in der Ver- waltung und im Wirtschaftsleben gebracht, und die den sächsische Staat und sein Ansehen nach innen und außen hin neu gestiftet habe. Die Regierung verzichte auf eine rein politische Geschäftsführung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer hätten das größte Interesse daran, daß die angebahnten Entwicklungen nicht gebürt werden. Die noch bevor- stehenden Aufgaben des Landtages in steuer- licher, rechtlicher, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht benötigten eine Landtagmehrheit, wie sie die jetzige Ko- alition darstelle und die in anderer Zusammenfassung gar nicht möglich sei. Ein unbegründetes Herausbe- schwindern einer Krise in Sachsen würde unser Land un- ter Umständen nur einer schweren Beunruhigung aus- setzen.

Was den linken Flügel der sächsische Regierung, die gemäßigten Sozialdemokraten, anbelangt, so stehen diese ebenfalls auf dem Standpunkt, daß die Ver- hältnisse in Sachsen im Interesse der Arbeiterschaft und des ganzen sächsische Volkes keine Veränderung für absehbare Zeit vertragen. Nur durch die Veräu- lichung Sachsens und insbesondere des sächsische Wir- tschaftslebens sei der Arbeitnehmerschaft die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Besserstellung gegeben im Gegen- satz zu der Politik der Desorganisation, wie sie unter Zeigner betrieben wurde. Der Parteistreit innerhalb der sächsische Sozialdemokratie werde vielleicht früher oder später einmal die sächsische Politik in Mitleidenschaft ziehen, keinesfalls aber würden die im gemäßigten So- zialdemokraten einschließliche der sozialdemokratischen Mi- nister von dem erkannten Wege einer sächsische Politik der allgemeinen Volkswohlfahrt abgehen zugunsten einer schädlichen Hag- und Putschpolitik wie unter Zeigner. Wenn wir dem hinzufügen, daß für die Deutsche Volks- partei, wie ebenso für die Demokraten, auch künftig ein Zusammengehen mit den Zeignerkommunisten vom Schläge Arzt, Liebmann usw. nicht in Frage kommt, so ist auch hier die Situation völlig klar.

Sachsen für Aufhebung der Zugsteuer.
Die gemeinsame Geschäftsstelle der sächsische Handels- kammer in Berlin ist von den sächsische Handels- kammerern ersucht worden, in einer vom Reichsfinanzmi- nisterium demnachst zu veranstaltenden Besprechung für die völlige Aufhebung der Zugsteuer einzutreten.

Ein Ausdruck tiefer, weicher Bärtlichkeit lag in dem Blick, der sie umringt. Ihre junge, knospenhafte Gestalt das leicht geneigte Haupt mit dem natürlich gekraussten Brauhaar, auf das ein verirrter Lichtstrahl flimmernde Lichter streute, das ihm abgewandte Profil, von dem er nur die gartrunde Wangenkante und ein wenig von den dunklen Brauen und langgebogenen Wimpern sah. Bliglich, als fühle sie seinen Blick, wandte sie sich um. Sie sprang auf und klappete heftig den Deckel des Pianos zu.
„Ich wollte dich nicht stören“, sagte er bedauernd.
„Ich kann es nicht leiden, wenn man mich belauscht. Es ist indiskret“, bemerkte sie schmolend.
„Komm mal her, Kleine“, erwiderte er lächelnd indem er sich neben sie setzte, „es ist mir doch so neu daß du eine erwachsene Dame bist. Ich finde, wir müs- sen uns nun von neuem miteinander befreunden, wir sind uns etwas fremd geworden. Das gefällt mir nicht.“
„Ach, nein, du bist noch gerade so wie früher, du bist mir gar nicht fremd. Es ist, als wärest du gar nicht fortgewesen.“
„Das freut mich, dann wirst du hoffentlich auch da- alte Vertrauen zu mir haben. Weißt du, wie du mit deinen Schulaufgaben zu mir kamst und dich mit dei- nen Märchenbüchern und Schmetterlingen bei mir verkrocht damit Mama nicht über das viele Lesen schelten sollte?“
„Ach ja, Onkel, das war eine schöne Zeit. Di- Kindheit ist doch das Beste.“
„Es kommt noch schöner, Gefine. Glaub nur fest daran. Und wenn du willst, dann nehme ich dich eine- Tages an die Hand und führe dich in ein Wunderland wie du es bisher nicht im Traum geahnt.“

(Fortsetzung folgt.)

Vor neuen Kämpfen in der sächsischen Sozialdemokratie.

Die Fraktionskämpfe in der sächsischen Sozialdemokratie sind „gute Hasser“ und lassen ihr Ziel, die 23 „Reaktionäre“ in der Landtagsfraktion zur Strecke zu bringen, nicht aus den Augen. Gewisse Alarmmeldungen sind zwar zu weit gegangen. So sollte bereits eine förmliche Spaltung in der sächsischen Landespartei eingetreten und dadurch zum Ausdruck gebracht worden sein, daß die Minderheit im Landtage sich ein eigenes Fraktionszimmer habe anweisen lassen, und daß die beiden Richtungen bei den nächsten Landtagswahlen getrennte Wahllisten aufstellen würden. Daß aber eine Spaltung doch nicht ganz undenkbar ist, beweist eine ungeschminkte Auslassung des ehemaligen Wirtschaftsministers Fellsch, der auf der Stollberger Kreisversammlung erklärte, eine Parteispaltung liege durchwegs im Bereiche der Möglichkeit. Gleichzeitig richtete Fellsch heftige Angriffe gegen den Berliner Parteivorstand, den er mit dem „Bismarck-Papier“ verglich und dem er eine „unverantwortliche“ Haltung gegenüber dem sächsischen Konflikt vorwarf. Der Parteivorstand ist von der Fraktionsmehrheit angerufen worden, um eine Einigung herbeizuführen. Er hat auch entsprechende Vorschläge unterbreitet, diese haben aber vor den Augen der Minderheit keine Gnade gefunden. Die sozialdemokratischen Bezirksverbände Sachsens, in denen die Radikalen obenauf sind, haben die Vorschläge als „ungenügend“ abgelehnt, allerdings mit dem Zusatz, daß sie bereit seien, an der „Verbündigung“ weiter mitzuarbeiten. Wie platonisch als diese Bereitschaftserklärung ist, geht aus folgender in demselben Atem gefassten Entschließung hervor:

„Die Landesverbände protestieren auf das Entschiedenste gegen die Auswüchse der Personalpolitik der Regierung selbst, über deren reaktionären Zug durch die brutale Maßregelung des Genossen Edel auch der letzte Zweifel zerstört worden ist.“

Die sächsische Partei wird dieser Personalpolitik gegenüber in schärfster Gegnerschaft verharren, und sie bezeugt den Opfern der Regierung selbst ihre volle Sympathie und Solidarität.“

Die „Dresdner Volkszeitung“ hat ebenfalls dem Parteivorstand eine Warnung erteilt durch den Hinweis, daß ein Berliner Akt, der Unterordnung unter den eigenmächtigen Willen der Bundesleitung fordere, wirkungslos sein und bleiben müsse. Man kann hiernach ermaßen, wie schwierig es für den Parteivorstand sein muß, einen Reim zu bereiten, der die beiden innerlich ganz auseinandergefallenen Hälften der sächsischen Sozialdemokratie wieder fest zusammenkittet. Gelingt dem Parteivorstand diese Aufgabe nicht, so wird sich zeigen, ob die Spaltungsbewegung Fellschs mehr als einen bloßen Einschüchterungsversuch darstellt.

Pädagogische Fortbildungsschulwoche für höhere Lehrer.

Zum erstenmal veranstaltet das sächsische Ministerium für Volksbildung eine pädagogische Fortbildungsschulwoche für höhere Lehrer, die in diesen Tagen in Dresden stattfindet. Eröffnet wurde sie an Stelle des erkrankten Kultusministers durch Ministerialdirektor Dr. W. Bicker, der darauf hinwies, daß die anstrengende Berufsarbeit der höheren Lehrer die Gefahr der Verfallung mit sich bringe, und daß er von der pädagogischen Woche eine Flut der Erneuerung und Vertiefung erhoffe. Die pädagogische Woche ist aus allen Teilen des Landes außerordentlich gut besucht. Die Reihe der Vorträge wurde durch Universitätsprofessor Dr. Stern-Hamburg mit einer die Ergebnisse der modernen Forschung zusammenfassenden Darlegung der Suggestion und der Suggestibilität eröffnet.

Gründung eines sächsischen Landesauschusses der deutschen Jugendverbände.

Auf Anregung aus den Kreisen der Jugendbewegung hatte das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium kürzlich die Vertreter der sächsischen Jugendverbände, soweit deren Spitzenverbände dem Reichsverband der Deutschen Jugendverbände angehören, zu einer Besprechung über die Gründung eines sächsischen Landesauschusses der Deutschen Jugendverbände gebeten. Nach einer amtlichen Meldung waren der Einladung etwa 50 Vertreter von Jugendverbänden aller Richtungen gefolgt. Ministerialrat Dr. M. A. T. kennzeichnete in großen Zügen die verschiedenen Aufgaben der Jugendverbände auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, der Jugendpflege und des Jugendschutzes und betonte die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zur Herstellung einer Wahlbereitschaft zur Pflege einer ständigen Verbindung zwischen den einzelnen Verbänden, im Interesse des Austausches von Erfahrungen, der Vertretung gemeinsamer Angelegenheiten nach außen und der wirksameren Bekämpfung von geistlichen und sittlichen Volksfeinden. Es wurde beschlossen, den Ausschuss als freien Ausschuss der Jugendverbände zu bilden, der als Landesauschuss dem Reichsverband Deutscher Jugendverbände angehört. Einem Vorbehaltsausschuss, aus je einem Vertreter der evangelischen, der katholischen, der Arbeiterjugend, der überbündigen Jugend (Wanderbühnen usw.), der politischen, der berufständigen und der gewerkschaftlichen Jugendverbände zusammengesetzt, wurde die selbständige Weiterführung der mit der Gründung des Landesauschusses zusammenhängenden Geschäfte übertragen.

Insitten auf den Bahnsteigen. Von der Bahnhofsverwaltung Aue werden wir gebeten, folgende Stellen aufzunehmen: Das Verbot, auf noch in Bewegung befindliche Rüge auf oder von diesen abzuspringen, wird vielfach nicht beachtet. Hauptsächlich ist dies bei den Jägen der Fall, die nur der Arbeiterbeförderung dienen und ganz besonders bei dem abends 6.03 nach Eibenstock verkehrenden Zug. Immer gibt es Leute,

die auf die Trittbretter steigen, bevor der Zug zum Einsteigen hält. Abgesehen davon, daß das vorzeitige Einsteigen strafbar ist, legen sich die Beteiligten auch noch der Lebensgefahr oder schweren körperlichen Verletzung aus. Da eigenes Verschulden vorliegt, ermäßigt den Unbeteiligten überdies auch noch empfindlicher materieller Schaden. Wägen diese Jellen dazu beitragen, den Unfallsstand des vorzeitigen Aufspringens zu beseitigen, zumal gar kein Anlaß dazu vorliegt. Werber doch die Jüge darauf stark abgefertigt, daß ein Platzmangel nicht eintritt.

Zahlung der restlichen Rentenbankzinsen durch Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich der Banken zum 15. Januar 1926. Amtlich wird mitgeteilt: Für die Zahlung der zweiten Hälfte der von Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich der Banken an die Deutsche Rentenbank geschuldeten Halbjahreszinsen war der 15. Januar 1926 in Aussicht genommen worden. Es empfiehlt sich, Zahlungen zu diesem Termine vorläufig nicht zu leisten, da Verhandlungen mit der Rentenbank über eine anderweitige Regelung dieser Zinszahlung schweben.

Zunahme des Säuferwahnsinns. Nachdem bekanntlich in der Kriegszeit infolge der strengen Alkoholverbote der Konsum der berauschenden Getränke erheblich zurückgegangen ist, stiegen die Verbrauchszahlen in den Nachkriegsjahren wieder und damit auch die üblen Folgen, die ein übermäßiger Alkoholenuss mit sich bringt. So wurden beispielsweise in Preußen nach amtlichen Angaben Fälle des Säuferwahnsinns gezählt: 1920: 165, 1921: 207, 1922: 572. Die Steigerung betrug also von 1920 auf 1921 91,8 Prozent, von 1921 auf 1922 92,6 Prozent und in dem ganzen Zeitraum von 1920 auf 1922 289 Prozent.

Erzgebirge und Sachsen.

Geyer, Stürmische Stadtvorordneten-itzung. In der letzten Stadtvorordnetenitzung kamen auch die Zusammenstöße zwischen „Stahlhelm“ und „Wehrwolf“ und dem Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ am 20. Dezember 1924 zur Sprache. Zu dieser Sitzung hatten sich gegen 400 Juchauer eingefunden. Die sozialdemokratische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, die Vorgänge in öffentlicher Sitzung zu behandeln, sowie daß gegen Polizeikommissar Bernhardt das Disziplinarverfahren eingeleitet, die Entziehung des Kriminalwachmeister's Grosche von seinem Posten beantragt sowie die Entlassung sämtlicher beteiligter Beamten gefordert wird. Trotz vorheriger Hinweis, daß die Sitzung keine Volksversammlung sei, kam es zu Vorkäufen. Ein Antrag, die Sitzung im Rathauskaffee abzuhalten, wurde gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die Vertreter der Linken verließen hierauf den Sitzungssaal, ebenso eine große Menge der Zuschauer. Anschließend wurden dann die Vorgänge durchgesprochen.

Annaberg, Tagungsort für das sächsische Bundesfest 1926. Ueber die Wählung des 18. sächsischen Bundesfestes wurde am Sonntag in Chemnitz beraten. An dieser Sitzung nahmen zahlreiche Vertreter Sachsens teil. Zur Abhaltung hatten sich Blauen i. V., Meerane und Auerbach sowie Annaberg gemeldet. Bei der Abstimmung waren die Stimmen wie folgt verteilt: Annaberg 121, Meerane 92 und Auerbach 10 Stimmen. Mit einem Fünftel der anwesenden Stimmen wurde also Annaberg als Festort des sächsischen Bundesfestes 1926 gewählt, das voraussichtlich Anfang August stattfinden wird. Am unteren Schillerplatz wird eine Riesenhalle entstehen, die mit 25 Bahnen ausgestattet sein wird.

Oberwiesenthal, Neuverpachtung des Fichtelberghauses. Laut Beschluß des Erzgebirgsvereins ist die Verwaltung des Fichtelberg-Untertunfstaues neu zu vergeben. Bis zum 30. Januar sind Angebote einzureichen. — Unstetiger Beliebtheit erfreut sich die neue Rodelbahn. Statt einen regen Zuspruch zu verzeichnen. Auch durch die nunmehr in Betrieb genommene Schwebebahn wird der Verkehr außerordentlich gehoben.

Glauchau, Eingemeindung. Nachdem sich kürzlich die Gemeindefamler befürwortend für die Eingemeindung der Nachbargemeinde Gersdorf ausgesprochen hat, hat nunmehr auch das Ministerium die Genehmigung zur Eingemeindung erteilt und damit ist Gersdorf von jetzt ab ein wichtiger Teil von Glauchau geworden. Mit der Eingemeindung von Gersdorf kommen 1282 Einwohner mit circa 120 Daus- und landwirtschaftlichen Grundstücken zu Glauchau, das am 1. Dezember 25 439 Einwohner zählte. Glauchau besitzt dann also 26 721 Einwohner.

Blauen, Brand im Prater. Für eines der größten und bekanntesten Vergnügungsorte bestand in der Nacht zum Sonntag die Gefahr, dem Feuer zum Opfer zu fallen. Es brannte die Bühne des Wintergartens. Nach etwa einstuündiger Tätigkeit gelang es, dem Feuer Einhalt zu tun, immerhin ist der entstandene Schaden nicht unbedeutend. Später stellte sich heraus, daß es auch auf der Bühne im großen Saal gebrannt hatte. Dort war ein Vorhang vom Feuer ergriffen gewesen, infolge der Imprägnierung desselben verbrannte der Brand aber wieder. Es hat sich herausgestellt, daß ein 25 Jahre alter Hausdiener des Wirtes der Täter war, der aus Rache gegenüber seinem Chef auf der Bühne das Feuer angelegt hatte. Bedingt des glücklichen Umstandes, daß es von Nachbarn sofort bemerkt wurde, ist es zu danken, daß nicht ein unabwehrbarer Schaden entstanden ist. Der Dursche ist gleichzeitig auch als betenige ermittelt, der in der letzten Zeit Diebstähle verübt hat.

Blauen, Bankrott. Das Konkursverfahren ist eröffnet über das Vermögen der Vereinsbank Blauen u. S. in Blauen, einer Gründung aus der Inflationzeit.

Birna, Liebestragödie. — Einwohnerzahl. Im Vohmener Forstrevier wurden am Sonnabend die Leichen eines jungen Paars, das anscheinend aus Czettin stammig, aufgefunden. Der etwa 22-24 Jahre alte Mann hatte einen Schuß in der Schläfe und das ca. 20 Jahre alte Mädchen zwei Schüsse im Kopfe. — Die Einwohnerzahl der Stadt Birna einschl. der eingemeindeten Stadtteile betrug am 1. d. M. 30 100.

Baunzen, Neuer Brand. Nachdem das Freiluft-Denkmal bei Baunzen erst in voriger Woche vom Großfeuer heimgeflucht worden war, wobei ein Gutshaus und die Wägen niederbrannten, brach am Sonnabendabend abermals Feuer aus, das die mit reichen Vorräten gefüllte Scheune, das Wohnhaus des Müllers und ein langes Stallgebäude einäscherte. Nur das Herrenhaus blieb vom Feuer verschont. Es wird Brandstiftung vermutet.

Schönbach bei Bischofswerda, Schiedrama. Einen furchtbaren Ausgang haben ebendie Hoffnungen in der Form des Schiedraths Herrmann hier genommen. Nachts

gegen 1 Uhr brach in seinem im Ortsteil „Neue Häuser“ gelegenen Anwesen Feuer aus. Dabei brannte die Scheune, in der die Pflanzen zuerst ausluden, vollständig nieder, während das anstoßende Wohnhaus erhalten blieb. Herrmann lebte schon seit langer Zeit mit seiner Ehefrau in Unfrieden. Um Rache an ihr zu nehmen, hat er das Anwesen, das seiner Ehefrau gehörte, angezündet. In die Scheune hat er Dynamitpatronen gelegt, die er an seiner Dienststelle gestohlen hatte und die während des Brandes mit lautem Knallen explodierten. Nach der Tat legte er sich bei Demitz auf die Schienen der Strecke Dresden—Dörlitz und ließ sich überfahren.

Waldschwitzer, Schwere Unglücksfälle. Im Arbeitsraum der Jüdwelner Holzwaale-Werke geriet der 23jährige Wittinhaber des Geschäfts auf noch ungeklärte Weise mit dem linken Fuß in die am Boden in einem Schacht laufende Transmissionsmiffon. Da andere Betriebsangehörige nicht sofort in der Nähe waren, wurde dem unglücklichen Manne das linke Bein bis zum Hüfte abgerissen. Weiter erhielt er sehr schwere Verletzungen der ganzen linken Körperhälfte, sowie des rechten Beines. Der Verunglückte ist an den Verletzungen gestorben.

Zum Barmat-Rutisker-Skandal.

Barmats Unternehmungen werden weitergeführt. Die Haftentlassungen haben augenblicklich eine Stokung erfahren, obwohl für fast alle Beschuldigten seitens ihrer Rechtsbeistände Haftentlassungsanträge vorliegen. Von einer Entlassung Barmats ist keine Rede. In Sachen der Brüder Barmat selbst ist infolgedessen eine Wendung eingetreten, als die Staatsanwaltschaft die Beträge bei der Parantienbank-Versicherungsgesellschaft jetzt von der verfügbaren Beschlagnahme befreit hat. Die ganze Sachlage hat sich jedenfalls so verschoben, daß die Unternehmungen der Barmats mit den vorhandenen und freigegebenen Mitteln weitergeführt werden können.

In Sachen Rutisker wird heute die verantwortliche richterliche Vernehmung der beiden Brüder Rutisker und des Prokuristen Bleh beginnen. Swan Rutisker selbst ist bereits eingehend zu Protokoll bernommen worden. Der bisher inhaftierte Prokurist der Roth-W. G. Fritz Wolff, ist aus der Haft entlassen worden. Wolff ist der Stiefsohn Friedländer, der mit seiner Frau Selbstmord beging. Er wurde durch seinen Stiefvater in die Roth-W. aufgenommen.

Wegen der Brüder Barmat liegen auch Anzeigen des Finanzamtes vor. Nach dem Sachverständigenbericht sind die Sicherheiten für die an Barmat gegebenen Staatsbankkredite um fast 70 Prozent niedriger, als sie von den Privatbanken eingefordert wurden.

Berlin, 6. Jan. In Verfolg der staatsanwaltschaftlichen Maßnahmen im Rutisker- und Barmat-Skandal haben mehr als 800 wohnhabende Ausländer innerhalb der letzten 14 Tage Berlin mit unbekanntem Reisepaß verlassen. Für einige 60 waren bereits die Verhaftungsbefehle der Kriminalpolizei ausgegeben worden.

Sozialpolitik.

Verweigerung längerer Arbeitszeit. Bochum. Die Betriebsverwaltung der Jeché Blantenburg a. d. Ruhr hatte ihrem Betriebsrat den Vorschlag unterbreitet mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der sächsischen Randgebirge unter Tage 8 1/2 Stunden zu arbeiten. In diesem Falle würde die Verwaltung den durch den letzten Beschluß der Belegschaft festgelegten Lohn zahlen. Würde aber die Belegschaft an der alten Arbeitszeit festhalten, so werde das Wert der Lohnverhöhung nicht zahlen. Dieser Vorschlag wurde in einer Belegschaftsversammlung der Jeché von den Betriebsräten der Belegschaft unterbreitet. Nach lebhafter Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen: Die Belegschaft von Jeché Blantenburg und Vereinigte Hammerwerk weist die Zumutung einer Schichtverlängerung oder Lohnkürzung seitens der Verwaltung mit Entschiedenheit zurück. Für sie gelten nur die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen, an die sie sich immer halten werden. Der Betriebsrat wurde beauftragt, diese Entschließung der Verwaltung mitzuteilen.

Gerichtssaal.

Grober Unfug ließ sich kürzlich der 19jährige Hausdiener K. in Juidau zuschulden kommen lassen, indem er abends gegen 9 Uhr sich in ein vor einem hiesigen Gasthause haltendes Kraftfahrzeug, das er bewachen sollte, setzte und an demselben unüberwändig hantierte, so daß es in Bewegung geriet und gegen 40 Meter auf dem Fußsteig hinfuhr. Durch das Verschalten des Angeklagten wurde der öffentliche Verkehr erheblich gehindert. Es konnten Menschen und Sachen zu Schaden kommen. Der Angeklagte hat deshalb einen auf 30 Mark lautenden Strafbescheid erhalten. Auf seinen Einspruch wurde die Strafe auf 15 Mark herabgesetzt, da er die Uebertretung aus Unkenntnis und jugendlichem Leichtsinne begangen hat.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Arthur Herrfurth. Druck u. Verl.: Neue Druck- u. Verlagsanstalt, m. b. H., Aue.

Lesing POSA 3 Pfg.

AUS REINEN EDELTAUKEN Wirklich gut und billig

Neues aus aller Welt.

Eine Bluttat in Hof.

Im Geschäftshaus des Konsumvereins Hof hat sich ein überaus tragischer und folgenschwerer Vorgang abgespielt. Der Kassierer Schöpfl des Konsumvereins, der mit Wirkung vom 1. Januar ab abgebaut worden war, ließ sich aus Verzweiflung darüber an einer Bluttat beteiligen. Als der Konsumvereinskassierer Fritz Wehhardt am Freitag früh das Amt des Kassierers übernahm, gab Schöpfl auf ihn einen Schlag mit einem Browning ab. Das Geschoss ging Wehhardt durch die Hand und blieb im Gesäß stecken. Schöpfl eilte dann in ein anderes Zimmer und ließ eine Kommode in den Kopf und in den Leib. Weiter jagte Schöpfl auf den Konsumvereinsvorstand Hammer, ohne jedoch zu treffen. Kurz ein Fenster des Konsumvereins ließ Schöpfl sodann auf ein Dach hinauf, drückte sich zwei Mal in den Kopf und fiel dann von dem Dach in den Hof herab. Wehhardt sowie die Kommode sind vernehmungsfähig, auch Schöpfl ist am Leben. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Am Freitag der Verletzten ist, mit Ausnahme des Konsumvereins Vorstands, nicht bejammernswürdig.

Der Massenmörder von Münsterberg.

Breslau, 6. Januar. Von der Kriminalpolizei wurden in dem Hause des Massenmörders Dente neue eingehende Ermittlungen vorgenommen. In einem hinter dem Haus befindlichen Holzschuppen wurde wiederum eine größere Anzahl von Knochen vorgefunden. Gleichzeitig wurde ein neuer bedeutender Fund gemacht, der die ganzen Morbtaten in einem noch höherem Licht erscheinen läßt. Bei der Durchsichtung eines Ofens machte man die Entdeckung, daß fünfzehn Blutbesetze und mit Menschenhaut zusammengebundene Westen darin verborgen waren, die allem Anschein nach von den ermordeten Handwerksbrüderchen stammen.

Die Spritschieber-Affäre. Gegen die in der Tschechoslowakei verhafteten Heinrich und Adolf Weber ist vom Berliner Untersuchungsrichter dem Auswärtigen Amt der Antrag auf Auslieferung abgegeben. Die deutsche Regierung wird diesen Antrag der tschechoslowakischen Regierung übermitteln. Die Polizei schadet bis jetzt nach den Helfershelfern, die den beiden Brüdern bei der Flucht ins Ausland behilflich waren. Eine Reihe von Verhaftungen stehen bevor.

Nachschlag auf die Eisenbahn. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Halle (Saale) teilt mit: In der Nacht vom 4. zum 5. d. M. sind zwischen den Bahnhöfen Ludwigshafen und Thron in Kilometer 25,7 bis 25,9 der Strecke Berlin-

Halle von unbekanntem Täter etwa acht frische Schüsse in den Rücken von 1 Meter Länge und 10 bis 15 Zentimeter Stärke auf das Gleis gelegt worden. Die Hölzer sind vermutlich von einem Güterzug vom Gleise geräumt worden, ohne daß hierbei ein Eisenbahnunfall oder eine Beschädigung der Bahnanlagen eintrat. Für die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 500 Reichsmark ausgesetzt worden.

Katzenangriff bei Weihenfeld. In Langendorf bei Weihenfeld kam das Kato der Weidiger Röhrenwerke ins Schlingern und stürzte die Weidung hinunter. Der Chauffeur Weidenbach wurde von dem Bogen totgedrückt, der Kaufmann Bösch kam mit leichten Verletzungen davon.

Kameradschaftlicher Schwerverbrechen. Am Freitagabend wurde in der Nähe von Eustirchen im Rheinlande eine ältere Dame von drei Marokkanern auf offener Straße überfallen. Nach schändlicher Mißhandlung verging sich der Verbrecher an ihr. Nur mit Aufbietung aller Kräfte gelang es ihr, sich nach Hause zu schleppen, wo sie in einem jammervollen Zustande vor ihrer Wohnungstür zusammenbrach. Sie liegt schwer erkrankt darnieder.

Das Flotten-Schiff im Sturm bewährt. Nach einer Weidung aus Kiel erzielte das Flotten-Schiff Rotor-Schiff "Vudon" in dem schweren Sturm der letzten Tage seine Seefähigkeit. Das Schiff erreichte eine Geschwindigkeit von neun Knoten und widerstand allen Widen. Am Donnerstag soll das Schiff von der hanseatischen Motor-Schiffahrt A.-G. in Dienst genommen werden. Die erste Reise soll über Flensburg nach Ålbæk und von dort nach Schweden gehen.

Der jüngere Roddecker verleiht ein Million Dollar. Roddecker Sohn hat dem Museum für die schönen Künste in New York 18 000 Aktien der Standard Oil Company im Wert von ungefähr 1 Million Dollar geschenkt, ohne an die Schenkung irgend eine Bedingung zu knüpfen. In einem Briefschreiben heißt es nur, daß die Summe zu den bisherigen Museumsstiftungen hinzugefügt werden möge, und daß der Spender sich jederzeit bereit zeigen werde, zu allen erforderlichen Kosten beizutragen, wenn das einstweilen nur im Entwurf vorliegende Programm, das die Vergrößerung und Erweiterung des Museums zum Ziele hat, durchgeführt werden sollte.

Luftverkehrswesen.

London-Berlin in 4 Stunden 20 Minuten.

Auf der vom Deutschen Aero-loyd mit der Imperial Airways-Gesellschaft betriebenen Strecke London-Amsterdam-Hannover-Berlin wurde der bisherige Schnellflugrekord geschlagen. Die reine Flugzeit betrug bei vollbeladener Maschine mit Passagieren und Gepäck nur 4 Stunden 20 Minuten zwischen London und Berlin. Ganz besonders hoch war die Schnelligkeit auf der Linie Hannover-Berlin, die in 58 Minuten zurückgelegt werden konnte.

Wirtschaftliches.

In Zusammenhang mit den zurzeit öffentlich erörterten Krediten der preussischen Staatsbank brachten einige Zeitungen die Meinung, daß auch Kredite der Reichsbank am Londoner Geldmarkt rückversichert seien. Diese Meinung ist in vollem Umfange und in jeder Beziehung unrichtig. In derselben Zeitungsnote wird erwähnt, daß der Reichsbankpräsident angelegentlich eine Diskontermäßigung versprochen habe. Der in den Zeitungen abgedruckte Wortlaut der Rede des Reichsbankpräsidenten anläßlich der kürzlichen Bankertagung, auf die offenbar angepielt wird, ergibt klar, daß der Reichsbankpräsident eine Erörterung der Herabsetzung des Diskonts erst dann für aktuell erklärte, sobald es gelungen sein werde, einen Privatdiskontmarkt zu geringeren Sätzen als dem offiziellen Banktag zu schaffen.

Berliner Börse vom 6. Januar. Ueberwiegend abgeschwächt. Die Tendenz an den Aktienmärkten war durchweg nur knapp behauptet, teilweise sogar noch weiter abgeschwächt. Ausgesprochen fest lagen heute nur Spezialwerte, vor allem am Elektromarkt, am Petroleummarkt sowie unter den ausländischen Werten. Im Verlaufe wurde das Geschäft eher noch unregelmäßiger. Gegen Schluß des amtlichen Verkehrs setzte sich unter Führung der Spezialwerte eine neue freundlichere Haltung durch. Am Markt der deutschen Renten blieb die Tendenz teilweise fest und durchweg gut behauptet, auf Deckungskäufe sowie auf vereinzelte Käufe, welche mit Rücksicht auf die am Freitag stattfindende Beratung zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Großbanken über die Aufwertungsfrage stattfinden. Der Geldmarkt ist weiter leicht. Tägliche Geld ist zu 9-12 Prozent pro anno stark angeboten. Für Monatsgeld hörte man den Satz von 10-11 Prozent, für Privatdiskont den nominellen Satz von 9 Pro-

Amtliche Bekanntmachung.

Bersteigerung.

Am 8. Januar 1925, nachm. 3 Uhr sollen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden: 3 Dreihäute, 1 Stiefel, 1 Bohrmaschine. Dieer sammeln sich im Wettiner Hof in Aue.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue.

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt eine Ankündigung der Firma Dr. med. Robert Dahn und Co., G.m.b.H., Wagnersburg, über ihren in vielen Tausenden von Fällen bewährten natürlichen Gesundheitswiederhersteller "Salbito" bei, auf welche wir unsere Leser ganz besonders hinweisen. Ein Versuch mit diesem Mittel dürfte sich auf jeden Fall empfehlen.

Carola-Theater

Donnerstag bis Sonntags
Der große Svenska-Biograph-Film

Flammende Herzen!

7 Akte



Aus dem Lande der glühenden Sonne und Leidenschaften. Unter der Regie Viktor Sjöströms. Die Hauptrolle verkörpert Jenny Hasselquist entzückend durch die Weichheit ihrer Bewegungen, prangend in der jungfräulichen Frische.

Dieses prachtvolle Filmwerk weist alle Vorzüge der ausgezeichneten schwedischen Filmtradition auf, die den Filmwerken nordischer Herkunft gerade in

letzter Zeit so große Erfolge in der ganzen Welt beschieden haben. Reife dichterische Begabung und farbenglühende Gestaltung geben diesem Film einen Wert von dauernder Geltung!

Dieses Filmwerk spielt im Rahmen wunderbarer Aufnahmen aus dem Orient!

Der Film!

für alle Stände, für alle Klassen, für alle Gemüter, für alle Herzen!

Hierzu: Der große Lustspiel Schlager:

„Lissys Filmmerkur“ und „Baby Peggy als Berichterstatter“
Lustspiel in 3 Akten. Lustspiel in 2 Akten.

Wollen Sie wieder einmal herzlich lachen, so dürfen Sie dies Programm nicht versäumen.

Beginn der Vorstellungen: Wochentags 6 Uhr — Sonntags 1/4 Uhr.

Stadtgirokasse Aue (Erzg.)

Geschäftszeit: 1/2-1, 4-5 Uhr, Sonnabends 1/2-1/2 12 Uhr.

Ueberweisungsverkehr spesen- und gebührenfrei nach allen Orten Deutschlands. — Eilüberweisungen. — Annahme von Bareinlagen zu 7 bis 12% Verzinsung. — Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks. — Vermittlung aller sonstigen Bankgeschäfte.

Ein Konto bei der Stadtgirokasse bringt außerordentliche Vorteile!

Priebnitzheim am Schlachthofberg

Am 10., 11. und 12. Januar



Bockbierfest

wozu freundschaftlich einladen und die Gesamterwartung. — Die Offen und Unterhaltung ist gesorgt. — NB. Aufmerksam wird gemacht auf den Erzgebirgischen Abend am 31. Januar im Bürgergarten und auf die Hauptversammlung am 15. Februar im Priebnitzheim.

Restaur. Bechergut.

Voranzeige.

Am 31. Januar, 1. und 2. Februar, halte ich mein diesjähriges



Bockbierfest.

Wozu ergebenst einladet Emil Schmidt.

Kompl. Spielwaren-Fabrikation,

Deutsches Reichspatent, großer Schöner, umständebeladener schnellentlopfender Käufer

günstig zu verkaufen.

Schulstr. erbitten unter E. K. 348 an Wils-Anzeigen A.G., Erfurt.

Eine komplette

Schlafzimmer-Einrichtung in Eiche

dunkelbraun, noch wie neu, wird zum Verkaufe gegen Meistgebot bei sofortiger Barzahlung ausgeben.

Besichtigung bis 13. Januar 1925, nachmittags zwischen 3 bis 4 Uhr. Zu melden bei der

Stadtgirokasse Aue.

Planos Harmoniums

Sprechapparate

mit Federwerk od. elektrisch haben Weltruf von der Weltfirma Max Horn, Zwickau

Spiegelstraße 23.

Liefert nach 36 Weltstaaten. Besonders günstige Zahlungsbedingungen. Katalog umsonst.

Harmoniums mit eingebaut. Spielapp., wo Jedermann sofort ohne Notenkenntnis lustig spielen kann, schon v. M. 275 an. — Vertreter gesucht.



Scotts Emulsion



Wunderliche Wirkung erzielt sich seit 5 Jahren in allen Erdteilen der Welt der ungeheuren Ausbreitung der Kuren Aue.

Kräftige Knochen

bekommen die Kinder bei regelmäßigen Einnahmen von Scott's Emulsion. Sie sind lauter und fröhlicher als die meisten anderen Kinder.

Scott's Emulsion enthält die wertvollsten Knochenbestandteile, besitzt hohe Nährkraft und wird auch vom Säugling leicht aufgenommen.

Scott's Emulsion dient zur Stärkung der Knochen und Erwachsene und enthält das besten nahrungsmittel in feinsten Verarbeitung mit knochenbildenden Kalksalzen und dem wirksamsten Hypophosphiten.

Scott's Emulsion ist unentbehrlich als Kräftigungsmittel bei Skrophulose, Lungenschwäche, Blauheit, Blauheit, Lungenleiden und Unterernährung.

Scott's Emulsion wird auch im Sommer genossen und mit bestem Erfolg genommen.

Man halte sich vor Nachahmungen, die ohne die Stelle des Originalpräparates empfohlen werden. — Scott's Emulsion ist in allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Central-Drogerie Simon, Drogerie Erler & Co., Wettin-Drogerie, Wettinerplatz.

Haarpflegehaus Schubert

Wenn die Kopfhaut krank, die Haare gehen aus, geht man sofort in Schubert's Haarpflegehaus, Dort schnell durch Kar und Hörsenonnenkraft Die Kopfhaut heilt und neue Haare schafft!

Ruf 226 Aue Ernst-Papst-Str. 4.

Honig, Tüchtiger älterer Graveur,

Witten, Schuler, naturrein, Vollkorn 9 Pf. netto 15.50 M. franko, halbe Dosen 6 — M. franko, Nachnahme 50 mehr. Hehr. Oeljenbruns, Seb Zwifelhahn i. D. 6.

Kern in sämtl. Grabearbeiten, sucht Stellung. Angebote unter „A. S. 123“ an das Aue Tageblatt.

Guter Schlaf

Ist das beste Heilmittel. Metallbetten für Groß u. Klein, mit od. ohne Feder, Stahlmatt, an Private. Bekomme Beding. Katal. 74 U fr. Eisenbahnpostamt (Aue).

Nr. 301

des Aue Tageblattes läuft zurück die Geschäftsstelle, Ernst-Papst-Str. 10.